

1 MITBESTIMMUNG UND DEMOKRATIE

Zur Demokratie gehört mehr als nur das regelmäßige Abhalten von Wahlen. Jeder Mensch muss die tatsächliche Möglichkeit haben, sich in öffentliche Debatten einzubringen und mitzubestimmen. Dieses Recht darf nicht von willkürlichen Einschränkungen, von der Informationsbereitschaft des Staates oder von der wirtschaftlichen Situation des einzelnen Menschen abhängig sein. Demokratie benötigt eine aktive Zivilgesellschaft, die auf die Durchsetzung der Menschen- und Bürgerrechte drängt und deren Einhaltung beständig einfordert.

Deshalb fordern wir:

- Wahlrecht ohne Altersbeschränkung: Jeder Mensch soll unabhängig von seinem*ihrem Alter in Sachsen-Anhalt wählen und gewählt werden dürfen, sobald er*sie sich dafür bereit fühlt.
- Jeder Mensch, der in Sachsen-Anhalt lebt, soll an allen Abstimmungen und Wahlen auf Landes- und Kommunalebene teilnehmen dürfen.
- Die 5%-Hürde bei Landtagswahlen soll abgeschafft werden.
- Die Hürden für sogenannte „Volks- und Bürgerentscheide“, die im Übrigen in Bevölkerungsentscheide auf Landes- bzw. Kommunalebene umzubenennen sind, sollen gesenkt werden. Bevölkerungsbegehren sollen aufschiebende Wirkung haben, um zu verhindern, dass noch vor Abschluss des Bevölkerungsbegehrens Fakten geschaffen werden, über die eigentlich erst im folgenden Bevölkerungsentscheid abgestimmt werden sollte.
- Wenn eine Petition von mindestens 5.000 Einwohner*innen des Landes unterstützt wird, so soll sich nicht nur der Petitionsausschuss, sondern der gesamte Landtag mit der Petition befassen müssen.
- Bei Anhörungen im Landtag sollen zukünftig nicht nur Fachverbände, sondern auch Betroffene entsprechend des vorliegenden Sachverhaltes angehört werden.
- Wer sich in demokratischen Gremien (bspw. im Studierendenrat oder im Stadtrat) engagiert, soll zu diesem Zwecke von Erwerbsarbeit, Ausbildung, Schulunterricht und Studium freigestellt werden.
- Wahlbenachrichtigungen sollen auch bei Stichwahlen versendet werden, um der geringen Wahlbeteiligung entgegenzuwirken.

- Politische Bildung und Demokratiebildung sollen gefördert werden, weil eine Demokratie mündige Menschen braucht.
- Demokratieprojekte sollen dauerhaft gefördert werden. Wir brauchen eine verlässliche und starke Zivilgesellschaft statt kurzfristiger Förderungen, die sich nur an der öffentlichen Aufmerksamkeit für bestimmte Themen orientieren.
- Alle Mitarbeiter*innen des öffentlichen Dienstes sollen an verpflichtenden Weiterbildungen im Bereich politische Bildung und Demokratie teilnehmen, weil demokratisches Bewusstsein auf Dauer nur durch Bildung, nicht durch Berufsverbote gesichert werden kann.
- Die Extremismuskonzeption, also die Vorstellung, dass es eine demokratische Mitte gibt und an ihren Seiten „extremistische“ Ränder, bei denen sich Rechts und Links wenig voneinander unterscheiden, soll in öffentlichen Institutionen keine Anwendung mehr finden. Menschenfeindliches Gedankengut existiert quer durch das politische Spektrum und muss überall bekämpft werden.
- Alle Veröffentlichungen des Landtages und der Landesregierung, inklusive aller Webseiten, sollen in einfacher Sprache, auf Englisch und barrierefrei zur Verfügung stehen.
- Ausschusssitzungen des Landtages sollen grundsätzlich öffentlich gehalten, im Internet übertragen und öffentlich zugänglich archiviert werden.
- Der Tag des alliierten Sieges über Nazideutschland, der 8. Mai, soll in Sachsen-Anhalt gesetzlicher Feiertag werden.
- Der internationale Frauen*tag, der 08. März, soll in Sachsen-Anhalt gesetzlicher Feiertag werden.
- Bei Neubelegungen von Feiertagen sollen emanzipatorische Kriterien ausschlaggebend sein. Von gesellschaftlicher Unterdrückung betroffene Gruppen und ihr Kampf gegen diese sind besonders zu würdigen.

2 BILDUNGSPOLITIK

Der Bildungsweg entscheidet über die Zukunft und soziale Position vieler Menschen. Deshalb muss Bildung den Bedürfnissen der Menschen gerecht werden und gleiche Chancen ermöglichen. Für uns bedeutet Bildung aber auch noch mehr: Hilfe zur

Lebensbewältigung und die Voraussetzung dafür, sich kritisch mit der Welt um sich herum auseinandersetzen und sich frei entfalten zu können. Deshalb sollte Bildung möglichst frei von Konkurrenz und ökonomischen Notwendigkeiten sein. Bildung ist für uns mehr als Schule: Sie findet auch beim gemeinsamen "Chillen" am Nachmittag und auch noch lange nach dem Ende der Schullaufbahn statt. Bildung heißt auch Selbstorganisation und Freiheit durch Freizeit.

Dennoch ist die Schule eine Institution, in der viele Jugendliche einen großen Teil ihrer Zeit verbringen (müssen) und sie sollte deshalb von ihnen gleichberechtigt mitgestaltet werden können. Was in der Schule gelehrt und wie in ihr gelebt wird, prägt das Denken und Verhalten von Menschen. Deshalb braucht es mehr Mitbestimmung, eine Reform der Lehrpläne und die aktive Vermittlung von Solidarität, statt der ständigen Betonung der Konkurrenz zu anderen Menschen.

Deshalb fordern wir:

- Das mehrgliedrige Schulsystem soll durch inklusive Gesamtschulen ersetzt werden, um längeres gemeinsames Lernen zu ermöglichen. Diese können und sollen sich auch fachspezifisch ausrichten, weil Spezialisierung auch ohne Rangfolge zwischen Gymnasium und Realschule auskommt.
- Die Mindestschüler*innenzahlen im sogenannten ländlichen Raum sollen zum Erhalt der Schulen gesenkt werden, auch weil diese kulturelle Zentren darstellen.
- Sachsen-Anhalt soll auf die bundesweite Vereinheitlichung des Bildungssystems und der Bildungsinhalte durch die Konferenz der Bildungsminister*innen aller Bundesländer drängen.
- Die Lehrpläne sollen dem Anspruch einer demokratischen und toleranten Gesellschaft gerecht werden. Alle Lebenswirklichkeiten, auch jenseits der heterosexuellen, weißen, nicht behinderten, christlichen Kleinfamilie mit glücklich verheirateten Eltern, sollen ihren Platz in den Schulbüchern finden.
- Totalitarismus- und Extremismuskonzepte sollen in den Lehrplänen der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer nicht mehr den Ton angeben.
- Der Bundeswehr sollen Werbe- und Informationsveranstaltungen an Schulen nicht mehr erlaubt werden, weil sie dort den Soldat*innenberuf als Zukunftsperspektive und Militäreinsätze als normale Konfliktlösungen verkaufen will.
- Der Religionsunterricht soll abgeschafft werden, weil in der Schule nicht Religion, sondern Wissen über Religion vermittelt werden sollte. Dies kann

und soll auch im Ethik-, Geschichts- und Sozialkundeunterricht geleistet werden.

- Noten sollen abgeschafft werden, weil sie oft nur auf dem Bauchgefühl der Lehrer*innen basieren, aber dennoch über Jahrzehnte die Zukunft von Menschen festlegen.
- Das Sitzenbleiben soll abgeschafft werden, weil diese "Erziehungsmaßnahme" niemanden weiterbringt und sogar schädlich ist.
- Statt des Frontalunterrichts soll an Schulen eine Vielfalt von Lehr- und Lernmethoden Einzug finden, um den Schüler*innen als Individuen gerecht zu werden.
- Das Ständewahlrecht in den Gesamtkonferenzen soll abgeschafft werden: auch in der Schule soll jede Stimme gleich wiegen, egal ob die des*der Lehrer*in oder die*des Schüler*in
- Freie Schulen sollen denselben Ansprüchen genügen wie staatliche (insbesondere die Pflicht zum Staatsexamen oder einer gleichwertigen staatlichen Qualifikation). Sie sollen ihre Schüler*innen nicht willkürlich, sondern nach transparenten und sozial gerechten Kriterien auswählen.
- Sachsen-Anhalt soll zusätzliche Lehrkräfte einstellen und mehr Referendariatsstellen schaffen.
- Soziale Arbeit muss auch in der Schule stattfinden, deshalb soll das Land genügend Sozialarbeiter*innen an Schulen einstellen.
- Es muss für alle Schüler*innen ein kostenloses Schüler*innenticket für alle Strecken geben, nicht nur wie bisher bis Klassenstufe 10 und für bestimmte Strecken zwischen Wohnort und Schule.
- Ehrenamtliche Bildungsträger (z.B. Friedenskreis oder Miteinander e.V.) sollen gefördert werden, um die Vielfalt der Bildungslandschaft zu gewährleisten.
- Für nicht berufs- bzw. unterrichtsbezogene Bildungsangebote sollen Bildungstage geschaffen werden, die Arbeits- bzw. Unterrichtsfreistellungen ermöglichen.
- Für den öffentlichen Dienst sollen verpflichtende Kurse in Kommunikationssensibilität und politischer Bildung eingeführt bzw. ausgebaut werden,

weil Menschen, die Bürger*innen betreuen, Experten für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und freundliches Miteinander sein sollten.

- Ein Medienkompetenzzentrum soll flächendeckende, kostenlose Kurse anbieten, weil Medienkompetenzen mittlerweile die Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe bilden und niemand für Grundlagenkurse Geld zahlen sollte.
- Das Militärübungszentrum Schnöggersburg soll zu einem Bildungszentrum für Friedens- und Konfliktmanagement umgebaut werden.

3 HOCHSCHULPOLITIK

Hochschulen sollen Orte der freien Forschung und Lehre sein. Dazu gehört auch die Freiheit von ökonomischen Zwängen und den neoliberalen Prinzipien der Konkurrenz und Verwertbarkeit. Eine in diesem Sinne freie Wissenschaft kann am besten dazu beitragen, dass allen Menschen der Zugang zu auskömmlichen Lebensbedingungen, bestmöglicher gesundheitlicher Versorgung und einer intakten Umwelt in einer friedlichen und demokratischen Welt ermöglicht wird.

In den Hochschulen selbst sollen die Beteiligten demokratisch über die Struktur, Inhalte und Entwicklungen entscheiden können. Dementsprechend darf der Zugang zu den Hochschulen und den dort zu erreichenden Abschlüssen und Positionen aber auch zu den hochschulpolitischen Gremien nicht aufgrund der finanziellen Situation der Eltern, des eigenen Geschlechts, der Muttersprache, körperlicher oder psychischer Beeinträchtigungen erschwert werden. Die Studien- und Arbeitsbedingungen sollten mit den eigenen Lebensentwürfen in Einklang gebracht werden können.

Deshalb fordern wir:

- Die Demokratisierung der Hochschule: von allen an der Hochschule vertretenen Gruppen (Professor*innen, Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, Studierende, sonstige Mitarbeiter*innen) sind die Sitze im Senat entsprechend ihrer Gesamtzahl zu besetzen.
- Gewählte studentische Gremien wie Studierenden- und Fachschaftsräte sollen zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben mit mehr verbrieften Rechten gegenüber ihrer Hochschulleitung ausgestattet werden. Dies schließt insbesondere Informationspflichten der Hochschulleitung gegenüber den studentischen Gremien über die Studierendenschaft direkt betreffende Themen mit ein.

- Hochschulen sollen so gestaltet werden, dass allen Interessierten ein offener, kosten- und barrierefreier Zugang zu ihren Bildungsangeboten und ihrer Infrastruktur offensteht. Darüber hinaus darf es keine Studiengebühren, auch keine Langzeit-, Zweitstudiums- oder Verwaltungsgebühren geben. Alle Lehrpläne und Veranstaltungen sollen transparent auf den jeweiligen Internetseiten offengelegt werden.
- Die Hochschulen und all ihre Teilbereiche, sowie die Unikliniken sollen staatlich ausfinanziert werden, damit sie nicht auf private Geldgeber angewiesen sind.
- Hochschulen dürfen nicht, auch nicht teilweise privatisiert werden. Nur so kann die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre gewahrt werden.
- Für alle Bachelorabsolvent*innen, die weiter studieren wollen, sollen Masterstudienplätze bereitgestellt werden.
- Der Landeszuschuss für die Studierendenwerke soll angehoben werden, um die Sozialversorgung (Mensa, Beförderung, Beratungsangebote, Wohnraum) für Studierende zu sichern.
- Studium und individuelle Lebensplanung sollen besser miteinander vereinbar sein. Daher sollen unter anderem die Anwesenheitspflichten abgeschafft und die Kinderbetreuung an den Hochschulen verbessert werden.
- Die Arbeitsbedingungen an Hochschulen sollen verbessert werden, unter anderem durch gerechte Entlohnung und unbefristete Arbeitsverträge.
- Die akademischen Laufbahnen von Frauen* sollen besser gefördert werden, u.a. durch eine Quote für Lehrstühle
- Alle Hochschulen in Sachsen-Anhalt sollen Promotionsrecht erhalten.
- Die Hochschulautonomie soll durchgesetzt werden, um selbstbestimmte Forschung und Lehre ohne Eingriffe durch die Landesregierung zu gewährleisten.

4 SOZIALES, ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Bereits Oscar Wilde wusste: "Muße, nicht Arbeit, ist das Ziel des Menschen". Damit meinte er keineswegs, nur „faul“ herumzuliegen - auch wenn das ebenfalls eine völlig legitime Art und Weise ist, seine Zeit zu verbringen -, sondern auch "nützliche Tätigkeiten", denen Menschen nicht zum Broterwerb, sondern aus freier Entscheidung zur freien Entfaltung ihrer Persönlichkeit nachgehen. Leider können wir auf Landesebene nicht den Kapitalismus abschaffen, der Menschen zur Erwerbsarbeit zwingt und von der Muße abhält. Aber wir können versuchen, Verhältnisse zu schaffen, in denen Menschen mehr von ihrer Zeit zur freien Entfaltung nutzen können und weniger zum Geldverdienen verschwenden müssen.

In der Zeit, in der sie aber arbeiten müssen, sollten sie das wenigstens unter menschenwürdigen Bedingungen tun. Das schließt Arbeitsschutz genauso ein wie den Schutz vor Diskriminierung aufgrund von z.B. Geschlecht oder Herkunft - sowohl bei den Bewerbungs- und Einstellungsverfahren als auch im Arbeitsalltag. Durch den geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad in Sachsen-Anhalt ist der Widerstand gegen kapitalistische Ausbeutungsprozesse besonders schwer. Aus diesem Grund sehen wir das Land in der Pflicht, einzugreifen. Viele Maßnahmen, die wir in den anderen Teilen unseres Programms vorsehen, damit Menschen in Sachsen-Anhalt ein gutes Leben haben, werden auch der Wirtschaft zu Gute kommen. Unternehmer werden nicht nur genug studentische Kundschaft und aus den Universitäten hervorgebrachte Fachkräfte in Sachsen-Anhalt vorfinden, sondern auch selbst gern in Sachsen-Anhalt leben wollen. Menschen dort zu beschäftigen, wo sie gerne verweilen, ist einfacher, als sie dort zu halten, wo niemand leben will.

Deshalb fordern wir:

- Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors mit der Option der beruflichen Weiterbildung, um Ein-Euro-Jobs und andere Maßnahmenkonstrukte durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mit einem auskömmlichen, gegen Armut absichernden Lohn zu ersetzen.
- Im öffentlichen Dienst soll es keine befristeten Stellen mehr geben.
- Die Arbeitszeit soll im Rahmen des Vergabegesetzes und im öffentlichen Dienst bei vollem Lohnausgleich verkürzt werden.
- Im Rahmen des Vergabegesetzes bzw. bei öffentlicher Trägerschaft sollen Auszubildende, Häftlinge, Beschäftigte in Behindertenwerkstätten, Praktikant*innen und FSJler*innen einen gegen Armut sichernden und soziale Teilhabe ermöglichenden Lohn erhalten.

- Sozialdienstleistungen sollen nicht an private Träger*innen ausgelagert werden. Niemand sollte an der sozialen Grundversorgung, wie der Unterbringung von Flüchtlingen oder der Pflege, verdienen.
- Die öffentliche Hand soll kostenfreie Ausbildungsangebote für Berufe schaffen, die bisher nur an teuren Privatschulen erlernt werden können.
- Bei der Vergabe von Subventionen sollen verstärkt soziale, ökologische und inklusive Kriterien gelten. Grundsätzlich sollen Staatsfinanzen für die Grundversorgung aufgewandt werden, also nur unter dieser Maßgabe für Unternehmen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen allein genügt hierfür nicht.
- Demokratische, genossenschaftliche und kooperative Unternehmen sollen verstärkt gefördert werden, um die Mitbestimmung durch Arbeitnehmer*innen in ihren Unternehmen zu stärken. Gleiches trifft auf Gründerzentren und hochschulnahe Forschungsinstitute zu, soweit sie sich ebenso aufstellen.
- Prestigeprojekte z. B. bei der Tourismusförderung sollen gestrichen werden, solange die öffentliche Grundversorgung unterfinanziert ist.
- Militärflüge sollen für Flughäfen, an denen das Land beteiligt ist, verboten werden, weil Sachsen-Anhalt kein Drehkreuz für Kriege sein soll.

5 INFRASTRUKTUR/GRUNDVERSORGUNG

Für ein gutes Leben in Sachsen-Anhalt bilden Grundversorgung und Daseinsvorsorge die Grundlagen. Der Versuch, jeden Lebensbereich dem freien Spiel des Marktes auszuliefern und der Verwertungslogik zu unterwerfen, führt nicht zu einem besseren Leben für die Menschen in diesem Land. Durch Privatisierung und Konkurrenz bleiben letztlich die Bedürfnisse der Meisten auf der Strecke. Wir müssen Möglichkeiten schaffen, damit Alle ihr Leben unabhängig und eigenständig gestalten können. Grundvoraussetzungen dafür sind unter anderem ein guter öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und freier Zugang zu Informationen.

Deshalb fordern wir:

- Die Kommunen sollen mehr Geld erhalten, um die Grundversorgung ihrer Bürger*innen vor allem, damit Jugendklubs, Schwimmbäder und die freiwillige Feuerwehr nicht zumachen müssen.

- Strom-, Abwasser-, Wasser- und Gasunternehmen sowie -netze sollen in den Händen der Kommunen bleiben bzw. in diese zurückgeführt werden.
- Die Gemeinden sind beim Rückkauf von Wohnraum und deren preiswerten und menschenwürdigen bei der Bereitstellung von preiswerten Wohnungen finanziell zu unterstützen, weil Wohnen ein Grundrecht sein sollte.
- Selbstverwaltete Jugendklubs und -projekte sollen gefördert werden, weil Jugendleben im ländlichen Raum wenigstens im Winter auch außerhalb von Bushaltestellen stattfinden sollte.
- Leerstehende Immobilien sollen nicht dem Verfall überlassen, sondern sinnvoll genutzt werden, indem man sie bspw. Bürger*innenprojekten zur Verfügung stellt.
- Kita-Plätze sollen kostenlos sein, weil die Möglichkeit, Kinder betreuen zu lassen, nicht vom Geldbeutel abhängen darf.
- Die psychosozialen Hilfs- und Beratungsangebote sollen ausgebaut werden, um Menschen bei einer selbstbestimmten Lebensgestaltung zu unterstützen.
- Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) soll insbesondere im ländlichen Raum ausgebaut werden.
- Langfristig ist unser Ziel ein kostenloser ÖPNV für Alle in ganz Sachsen-Anhalt, damit das Auto stehen bleiben kann.
- Bis es so weit ist: Kostenlose Beförderung wenigstens für alle Schüler*innen, Studierenden, Auszubildenden, Rentner*innen und Arbeitslosen, weil Bildung und Mobilität nicht an ein Einkommen gebunden sein sollten.
- Die Radwege in den Städten und Gemeinden und auch dazwischen sollen umfassend neu- bzw. ausgebaut werden, damit die nächste Radfahrt nicht zur letzten wird.
- Jeder soll einen Rechtsanspruch auf Breitbandinternet ohne Trafficbegrenzungen haben, weil Internet genauso zur Grundversorgung gehört wie befestigte Straßen.
- Statt der jetzigen WLAN-Wüste soll in Sachsen-Anhalt überall kostenloses WLAN zur Verfügung stehen, insbesondere in Regionalzügen, auf Bahnhöfen und an anderen öffentlichen Orten, dabei sollen vor allem nicht kommerzielle Projekte, wie z.B. Freifunk unterstützt werden, um ein freies digitales Datennetz zu ermöglichen.

- Sachsen-Anhalt soll kinderfreundlicher werden. Einrichtungen, die dafür nötig sind, wie Wickeltische (auch auf Herrentoiletten), sollen überall in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.
- In Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden sollen Unisex- Toiletten eingerichtet werden.
- Der Hochwasserschutz soll durch die bessere Ausstattung von Wasserwehren und die Erarbeitung eines grundlegenden Hochwasserschutzkonzeptes verbessert werden.
- Die Kürzungen im Kulturbereich müssen zurückgenommen werden, damit auch morgen noch jede*r Theater, Opern, Orchester und ähnliche Angebote genießen kann.

6 ASYL- UND FLÜCHTLINGSPOLITIK

Weltweit sind über 50 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Hunger, Armut, Naturkatastrophen und Unterdrückung - Zustände, die nicht zuletzt durch globale soziale Ungleichheiten und Herrschaftsverhältnisse im Kapitalismus verursacht werden. Statt diesen Menschen Schutz und eine Zuflucht zu gewähren, in der sie sich ein neues Leben frei von Angst aufbauen können, errichtet Europa immer höhere Mauern und lässt wissentlich Tausende auf ihrer lebensgefährlichen Flucht im Mittelmeer ertrinken. Den Wenigen, die es bis nach Deutschland schaffen, weht hier nicht nur der eiskalte Wind des Gesetzes entgegen, sondern auch der offene Hass eines nicht unbeträchtlichen Teils der Bevölkerung - nicht erst seit PEGIDA. Für Geflüchtete gehören Anfeindungen, Ausgrenzung und die Bedrohung von Leib und Leben zum Alltag.

Als menschenrechtsbewusste Linke, als Humanisten, ist es deshalb eine Selbstverständlichkeit, dass wir uns für Geflüchtete, eine wesentliche Verbesserung ihrer Lebenssituation und ein bedingungsloses Grundrecht auf Asyl einsetzen.

Deshalb fordern wir:

- Alle Abschiebungen sollen gestoppt und ein Bleiberecht für alle nach §23 Aufenthaltsgesetz ermöglicht werden.

- Staatliche Krankenversicherungen sollen auch für Geflüchtete verfügbar sein, damit sie nicht wie bisher erst zum Arzt gehen können, wenn es fast zu spät ist und sie eine Genehmigung vom Sozialamt erhalten.
- Geflüchtete sind ebenso Einwohner*innen dieses Landes und müssen daher ebenso die freie Wahl einer menschenwürdigen Unterkunft und der Betreuungsangebote haben. Ein bedarfsgerechtes und qualifiziertes Beratungs- und Unterstützungsangebot ist daher unabdingbar zur individuellen Lebensgestaltung.
- Unabhängig vom Aufenthaltsstatus sollen für alle kostenfreie Sprachkurse zur Verfügung gestellt werden.
- Das Gutscheinsystem soll beendet und die Unterstützungsleistungen stattdessen ausgezahlt werden.
- Die Landesregierung darf keiner weiteren Verschärfung des Asyl- und Aufenthaltsrechts im Bundesrat zustimmen und soll auf die Aufhebung bisheriger Verschärfungen hinwirken.

7 INNENPOLITIK

Sicherheit als politischer Anspruch ist kein Selbstzweck, sondern soll die Freiheit des Individuums garantieren. Insbesondere Menschen, die von Rassismus, Homophobie und anderen menschenfeindlichen Einstellungen betroffen sind, sollten sich durch staatliche Maßnahmen geschützt fühlen.

Leider missbrauchen staatliche Stellen allzu oft den Anspruch, Sicherheit zu gewähren, um Freiheiten einzuschränken, statt sie zu verteidigen. Dies wird auch an den jüngsten Änderungen am Polizeigesetz in Sachsen-Anhalt deutlich, das vor allem um Maßnahmen wie Alkoholverbote und Zwangsbluttests erweitert wurde, die Menschen diskriminieren und nicht geeignet sind, mehr Sicherheit zu gewährleisten, sehr wohl aber Freiheit einzuschränken.

Gleichzeitig verhinderten staatliche Stellen die Aufklärung des Feuertodes von Oury Jalloh, förderten Vereine von "Homoheilern" und ermitteln eher nach rassistischen Stereotypen, als rassistische Tatmotive in Betracht zu ziehen.

Die vielen Missstände, die sich in Verwaltungs- und Polizeistrukturen finden, wollen wir behoben wissen, denn Diskriminierung ist auch mit der Forderung nach öffentlicher Sicherheit nicht zu rechtfertigen.

Deshalb fordern wir:

- Das Polizeigesetz in Sachsen-Anhalt soll grundsätzlich neu gefasst werden: Das aktuelle Gesetz ist eines der schärfsten in ganz Deutschland und wurde bereits in mehreren Punkten vom Landesverfassungsgericht gekippt. Als besonders kritikwürdige Regelungen seien hier herausgestellt:
 - Telekommunikationsüberwachung und -unterbrechung, selbst bei geringen Anlässen
 - Alkoholverbote auf öffentlichen Plätzen
 - Zwangsblutuntersuchungen für sogenannte "Risikogruppen" und Menschen, die für die Polizist*innen so aussehen, als gehörten sie diesen an
 - Verkehrserfassung
 - Das Filmen von Verkehrskontrollen, soweit es nicht nur dem Schutz der Bürger*innen vor polizeilichem Fehlverhalten dient

- Das Versammlungsrecht soll überarbeitet werden:
 - Friedliche Blockaden sollen entkriminalisiert werden, denn sie genießen den gleichen grundrechtlichen Schutz wie die Versammlung des "Erstanmelders"
 - Reiter*innenstaffeln sollen bei Versammlungen nicht mehr eingesetzt werden: Polizist*innen sind keine Ritter, die Demonstrant*innen niederreiten dürfen
 - Das Filmen von Versammlungen durch die Polizei soll strengeren Beschränkungen unterliegen.
 - Protest soll in Sicht- und Hörweite der Adressat*innen gewährleistet werden.

- Das absolute Verbot von Vermummung und sogenannten "Schutzwaffen" wie Fahrradhelmen soll aufgehoben werden: Wer Straftaten begeht, soll wegen dieser Straftaten, nicht wegen der Vermummung belangt werden und wer keine begeht, soll sich weder Polizei noch Nazifotograf*innen zu erkennen geben müssen.

- Volksverhetzung (§130 StGB) soll konsequente Strafverfolgung nach sich ziehen und wenn möglich - insbesondere auf rechten Demonstrationen - sofort unterbunden werden.

- Für Polizist*innen soll es eine Kennzeichnungspflicht geben. Dafür sollen sie zu jedem Zeitpunkt, insbesondere auf Versammlungen, wechselnde, deutlich erkennbare vierstellige Nummern tragen.

- Es darf keine Kürzungen bei der Polizeiausbildung und im Polizeidienst geben. Personalabbau erhöht die Belastung der einzelnen Beamt*innen und

führt dazu, dass die Sicherheit der Bevölkerung und die polizeiliche Organisation insbesondere im ländlichen Raum bald nicht mehr gewährleistet werden können.

- Die Polizei soll Tiere nicht mehr gegen Menschen einsetzen dürfen, weil dies ein unnötiges Risiko für Mensch und Tier darstellt.
- Für die bessere Aufklärung von polizeilichem Fehlverhalten sollen eine permanente, unabhängige Beschwerdestelle für Polizeigewalt und ein von den sonstigen Polizeistrukturen losgelöstes Kommissariat für interne Ermittlungen eingerichtet werden. Zu dessen Aufgaben soll unter anderem das Dokumentieren von Polizeiverhalten auf Versammlungen gehören.
- Wenn Menschen oder Informationen über sie in staatliche Datenbanken (wie z.B. "Extremismus-Dateien") eingetragen werden, sollen die Betroffenen unaufgefordert darüber benachrichtigt werden.
- Staatliches Handeln soll transparenter werden. Es soll bessere Informations- und Kontrollmöglichkeiten für die Öffentlichkeit im Hinblick auf die Verwaltungspraxis geben, z. B. bei Vergabeverfahren.
- Der Verfassungsschutz soll abgeschafft werden! Stattdessen soll eine wissenschaftlich arbeitende Informations- und Dokumentationsstelle sowohl dem Staat als auch der Zivilgesellschaft beim Kampf gegen rassistische, neonazistische und andere menschenfeindliche Umtriebe beratend zur Seite stehen.
- Bis es so weit ist:
 - Das Ende des unsäglichen V-Mann-Systems, das mehr zum Lebensunterhalt von Nazis beiträgt, als zum Schutz von Verfassung oder Grundrechten.
 - Das generelle Ende von "Bildungsveranstaltungen" des Verfassungsschutzes insbesondere an Schulen, bei denen er nur seine Extremismuskonzeption gewordene Ahnungslosigkeit präsentiert.
- Die Eigenverbrauchsmenge für Cannabis-Konsum, deren Besitz im Rahmen von §31a BtmG nicht strafrechtlich verfolgt werden muss, soll innerhalb des Landes Sachsen-Anhalt deutlich erhöht werden.
- Jede staatliche Förderung und Begünstigung von Vereinen und Gruppen, welche die "Therapie von Homosexualität" und ähnliche Angebote betreiben, soll unterbunden werden.

- Die sexuelle Identität soll in den Gleichheitssatz (Art. 7 Abs. 3 Landesverfassung) aufgenommen werden, damit ihretwegen niemand benachteiligt werden darf.
- Die religiös begründeten Verbote an Stillen Feiertage sollen abgeschafft werden.

8 UMWELT- UND NATURSCHUTZPOLITIK

Ein gutes Leben in Sachsen-Anhalt kann nur ein nachhaltiges und umweltbewusstes Leben sein, denn durch die ständige Profitorientierung und Kompromisse in der Umwelt- und Naturschutzpolitik nehmen die Gefahren für unsere Gesundheit, aber auch die Umwelt stetig zu. Beispiele hierfür finden sich auch in Sachsen-Anhalt genug. Die Erzeugung billiger Energien durch Braunkohle verschlingt ganze Ortschaften und verschmutzt die Umwelt enorm. Die ertragsoptimierte und ertragsorientierte Landwirtschaft, aber auch die Erschließung der Natur für den Tourismus und der Wunsch nach immer größeren Autobahnen gehen meist mit einem Verlust an Biodiversität einher.

Damit es eine Zukunft für Mensch und Natur gibt fordern wir:

- Regenerative Energien sind verstärkt zu fördern, wobei gefährdete Tier- und Pflanzenwelt nicht beeinträchtigt und die Einwohner*innen eingebunden werden.
- Der Ausbau von Biogasanlagen darf nicht weiter aus Landesmitteln subventioniert werden, da die ökologischen und sozialen Folgen der hierfür erforderlichen Landwirtschaft nicht zu verantworten sind.
- Braunkohlebergbau soll nicht mehr für die Energiegewinnung betrieben werden dürfen, weil Kohle für die chemische Industrie zwar wichtig sein kann, aber nicht umweltschädlich verbrannt werden sollte.
- Großansiedlungen auf der grünen Wiese sind nur bei der Mitfinanzierung der Renaturierung alter Industriebrachen durch die Investoren zu genehmigen.
- Massentierhaltung soll abgeschafft werden. Die Förderung alternativer und regionaler Produktion soll dem Tierschutz und dem regionalen Arbeitsmarkt zu Gute kommen.
- Anbaumethoden, die fruchtbaren Boden zerstören, sind abzuschaffen.

- Es müssen Agrarumweltmaßnahmen gefördert werden die gezielt die Artenvielfalt auf landwirtschaftlichen Nutzflächen schützen.
- Die Erforschung, Umsetzung und Förderung von alternativen Landnutzungskonzepten muss ausgebaut werden, damit Landwirtschaft und Naturschutz parallel existieren können.
- Jagdmaßnahmen sollen dem Erhalt der Artenvielfalt dienen, nicht der Industrie, daher dürfen nur Förster*innen jagen!
- Es dürfen keine Verkehrs- und Tourismusprojekte gefördert werden, welche die Artenvielfalt gefährden.
- Es darf keinen weiteren Verkauf staatlicher Waldflächen geben, stattdessen sollte der Anteil der Natur- und Landschaftsschutzgebiete erhöht werden.
- Die flussbegleitenden Auen und Wasserrückzugsgebiete sollen erhalten bzw. ausgebaut werden.
- Das Land Sachsen-Anhalt soll sich für den tierfreien Zirkus einsetzen.